

„Von Sozialismus kann man wirklich nur bedingt sprechen“

Kommunistische Kritik an der SED-Diktatur

Henning Flaskamp

Die Existenz einer kommunistischen Oppositionsgruppe in Ost-Berlin in den siebziger Jahren allein bringt die Systemdichotomie und mit ihr verbundene Kategorisierungen des Kalten Krieges ein wenig durcheinander. Hier kämpften Kommunisten nicht für die Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft, sondern erklärten den Realsozialismus ihres Landes für unvereinbar mit ihrer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft und mit dem, was sie von den marxistischen Klassikern gelernt hatten. „Im Mai 1975 hatten Klaus Wolfram, Dieter Krause, Wolfgang Nitsche, Sebastian Kleinschmidt, Wolfgang Templin, Jan Lautenbach und Arnold Schölzel beschlossen, eine Gruppe zu gründen.“ Inga Wolfram, die in ihrem Film und gleichnamigen Buch *Verraten* die Geschichte dieser Gruppe erzählt hat, schreibt, daß die Ankunft im Alltag nach dem Studium für die Studienfreunde „einem Sprung ins kalte Wasser gleich kam“.¹ Die Erkenntnisse aus dem Philosophiestudium konnten nicht einfach beiseitegeschoben werden. Also beschlossen sie, in Eigeninitiative die Geschichte, Politik, Ökonomie und Soziologie zu studieren und nach Alternativen zum Bestehenden zu suchen.

Alle sieben waren weit davon entfernt, außerhalb der Gesellschaft zu stehen. Sie hatten ihr Studium abgeschlossen und Arbeitsstellen erhalten, die für die Intelligenz des Landes gedacht waren. Die Väter von Inga Wolfram und Jan Lautenbach waren anerkannte antifaschistische Widerstandskämpfer, Lautenbachs Vater zudem Parteifunktionär, Dieter Krause der Sohn eines Sportfunktionärs, und der Vater von Klaus Wolfram war Kandidat des ZK der SED. Das MfS bescheinigte bis auf zwei Ausnahmen allen Mitgliedern der Gruppe, „fachlich und politisch offiziell positiv auftretende Persönlichkeiten“ zu sein.² Sechs Mitglieder der Gruppe gehörten der SED an, nur dem Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) Arnold Schölzel, 1967 aus der Bundeswehr in die DDR desertiert, wurde der Beitritt entgegen seinem ausgesprochenen Wunsch verwehrt.

Doch die Fragen, mit denen sie sich beschäftigen wollten, konnten innerhalb der Partei nicht diskutiert, Mißstände, die sie wahrnahmen, dort nicht angesprochen werden. Insbesondere die Hinwendung zum Trotzismus, der in der DDR von der politischen Führung als vermeintlich antikommunistische Ideologie nicht toleriert wurde, machte ein konspiratives Vorgehen notwendig. Daraus folgte die Entscheidung, eine Gruppe zu gründen, sich theoretisch zu bilden und eine politische Plattform zu entwerfen, „eine ‚Verratene Revolution‘ der DDR [...] von der aus es dann weitergehen soll[t]e hin zu einem Aktionsprogramm.“³ So soll Klaus Wolfram, den das MfS als Kopf der Gruppe betrachtete⁴, es laut einem Bericht des IM formuliert haben.

Eine Analyse dieser Kritik erfordert, genauer zu untersuchen, welche Positionen hier gegeneinandergestellt wurden. Denn ein Verständnis der Thematik sollte über die bloße Erkenntnis hinausgehen, daß hier unterschiedliche Auslegungen des Marxismus exklusive Gültigkeit für sich beanspruchten. Die Forderungen nach gesellschaftlicher Verände-

1 Wolfram, Inga: *Verraten – Sechs Freunde, ein Spitzel, mein Land und ein Traum*. Düsseldorf 2009, S. 75.

2 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 1, Bl. 20.

3 Ebd., Band 1, Bl. 202.

4 Ebd., Band 1, Bl. 172.

rung, auch wenn sie nie laut gestellt wurden, zeigen, daß hier grundsätzlich unterschiedliche Konzepte von Gesellschaft vertreten wurden, ohne daß diese in den Kategorien des Systemkampfes zu denken gewesen wären.

Über die bloße Darstellung geschichtlicher Gegebenheiten hinaus kann die in dieser Arbeit dargestellte Kritik an den Verhältnissen in der DDR aus einer vielversprechenden Perspektive Erkenntnisse über den Zustand der DDR und die Gründe für diesen liefern. Die Lektüre von Bahros *Alternative*⁵ hat zur Zeit ihrer Veröffentlichung größere Erklärungskraft für die Situation Ostdeutschlands geboten als die meisten geschichtswissenschaftlichen und politologischen Untersuchungen aus der Bundesrepublik.

Die in der Plattform der Gruppe entfaltete Theorie, Analyse und Kritik der DDR-Gesellschaft wird im Zentrum dieser Untersuchung stehen. Zentrale Begriffe, vor allem Gegensätze zwischen trotzkistischer und DDR-linientreuer ML-Theorie müssen dafür geklärt werden. Schließlich soll herausgearbeitet werden, wie Elemente trotzkistischer Theorie sowie die eigenen Untersuchungsergebnisse der Gruppe auf die Verhältnisse in der DDR in den fragmentarischen Entwürfen für die Plattform angewandt wurden, an der die Gruppe in der Zeit ihres Bestehens vom Mai 1975 bis Juni 1977 arbeitete, sie aber nie fertigstellte.

Die Gruppe stand in Opposition zum herrschenden Regime, und es wäre meines Erachtens auch nicht sinnvoll, sie mit dem Etikett „systemimmanente Opposition“ zu versehen, das Ehrhart Neubert für die Regimekritiker Wolf Biermann und Robert Havemann gewählt hat,⁶ stellte sie doch die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen der DDR grundlegend in Frage.

In ihrer jüngsten Veröffentlichung stellen Leonore Ansorg, Bernd Gehrke und Thomas Klein treffend eine „retrospektivisch verengte Sicht auf die DDR-Opposition, in der oppositionelle Aktivitäten in den Jahren zuvor vor allem als Vorgeschichte einer Opposition gelten, wie sie sich in den achtziger Jahren äußerte“⁷, fest.

Veröffentlichungen, die sich explizit und ausschließlich mit der Opposition in den siebziger Jahren beschäftigen, sind faktisch nicht vorhanden. Publikationen, in denen diese Phase thematisiert wird, betrachten sie zumeist lediglich im Hinblick darauf, daß die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung als Konsequenz aus den oppositionellen Erfahrungen dieser Zeit zu verstehen sei. Zwar haben es die Oppositionellen der Siebziger nicht geschafft, eine derartige Öffentlichkeit herzustellen, wie es der Bewegung in den Achtzigern gelang, und somit auch eine weniger große gesellschaftliche Relevanz erlangt. Dennoch ist die Opposition dieser Jahre nicht bloß ein weniger erfolgreiches und sich nur in formalen Aspekten unterscheidendes Modell der späteren Opposition. Sie hatte eine andere politische Ausrichtung, mußte unter anderen Voraussetzungen arbeiten und sollte deshalb als eigenständiges Phänomen untersucht werden, das nicht erst durch nachfolgende Ereignisse geschichtswissenschaftliche Relevanz erlangt.

Zugängliche Quellen zum Thema sind hingegen in großem Umfang vorhanden. Über die Gruppe „Kreis“ wurde ein Operativer Vorgang (OV) im MfS angelegt, der neben IM-Berichten und Sachstandberichten der Ministeriumsmitarbeiter einiges Material, das von

5 Bahro, Rudolf: Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln 1977.

6 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 324.

7 Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas: Einleitung: Politische Gegnerschaft in der DDR als Forschungsgegenstand deutscher Gesellschaftsgeschichte. In: Ansorg u. a. (Hrsg.), „Das Land ist still – noch!“ – Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Köln 2009, S. 17–35, S. 22.

den Mitgliedern der Gruppe angefertigt wurde, enthält. In erster Linie stützt sich diese Arbeit auf das genannte MfS-Material und Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Mitgliedern der Gruppe. An dieser Stelle sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, kurz erwähnt, daß die Sitzungsprotokolle und Tonbandabschriften des MfS fast ausschließlich in indirekter Rede verfaßt wurden. Diese Form wurde bei den Zitaten aus den Akten beibehalten.

Zentrale Fragestellung auf den folgenden Seiten soll sein, was genau diese Oppositionsgruppe in der DDR ändern wollte. Die Antwort kann nicht in der Zusammenstellung einzelner realpolitischer Forderungen liegen, sondern muß eine Darstellung ihrer von den DDR-Doktrinen abweichenden Sozialismus-Konzeption beinhalten. Das Selbstverständnis der Gruppe und die praktischen Konsequenzen, die aus theoretischen Erkenntnissen gezogen wurden, müssen in diesem Zusammenhang ebenso erläutert werden. Das Thema Repression soll zwar keinen Schwerpunkt darstellen, angesichts der konsequenten und harten strafrechtlichen Verfolgung durch den Staatsapparat kann es aber auch nicht gänzlich unerwähnt bleiben.

Eine Arbeit, die eine Darstellung und Analyse einer marxistisch geprägten Kritik an der DDR leisten will, sollte die Ebene der Argumentation ernstnehmen und nachvollziehen. In dieser ideengeschichtlichen Betrachtung muß der begrenzte Rahmen eines rein politikwissenschaftlichen Ansatzes dementsprechend verlassen werden. So sollen Darstellung und Erläuterung im Zusammenspiel Erkenntnis hervorbringen. Das heißt mitnichten, daß die politischen Konsequenzen, die aus der Theorie gezogen wurden, durchweg als notwendige Deduktionen mitgetragen werden. Selbstverständlich ist die Konzeption der Gruppe auf innere Widersprüche zu überprüfen und auch dort, wo inhaltliche Kohärenz vorzufinden ist, muß der Faktor der gesellschaftlichen Realität mit eingerechnet werden.

Der Prager Frühling als zentraler Bezugspunkt

Die Mitglieder der Gruppe gehören den Jahrgängen 1947 bis 1951 an. Um ihre politische Entwicklung nachvollziehen zu können, ist es wichtig, sich klarzumachen, daß sie den Mauerbau 1961 als Kinder, den Prager Frühling 1968 als Jugendliche bzw. junge Erwachsene erlebten und Studenten der marxistisch-leninistischen Philosophie waren, als Erich Honecker 1971 Walter Ulbricht als Erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED ablöste. Der Bau der Mauer zog neben zahlreichen persönlichen Konsequenzen auch eine gesellschaftliche Veränderung nach sich. Dabei ist dieser Akt der SED-Führung nicht bloß als ein initiiertes Moment zu betrachten, sondern selbst auch als Ergebnis einer Entwicklung zu verstehen, das mit dem Mauerbau gewissermaßen auf die Grenze zwischen Ost- und Westberlin zementiert werden sollte. Die Verfolgung sozialdemokratischer und kommunistischer Abweichler in den fünfziger Jahren waren Versuche, die von der sowjetischen Besatzungsmacht überreichte politische Herrschaft zu konsolidieren. Die daraus resultierende Festigung ihrer Macht wollte die SED-Führung mit dem Bau der Mauer nutzen, um eine ökonomische Stabilisierung herbeizuführen und das Arbeitskräftepotential zu einer dauerhaft berechenbaren Größe in der Planwirtschaft zu machen. Detlef Pollack folgend wirkte die Mauer jedoch auch befriedend auf das Verhalten der DDR-Bürger ihrem Staat gegenüber. „Ohne die Möglichkeit zum Weggehen, sahen sich die Menschen in der DDR zunehmend gezwungen, sich mit dem ungeliebten System zu arrangieren.“⁸

8 Pollack, Detlef: Politischer Protest – Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000, S. 66.

Die Nachkriegsgeneration der DDR erlebte ihre Jugendzeit also in einer gesellschaftlichen Atmosphäre der Resignation. Zumindest herrschte eine Stimmung, die suggerierte, daß das, was die DDR den Menschen bot, auch das war, was von ihr erwartet werden konnte – nicht mehr und nicht weniger.

Anfang des Jahres 1968 jedoch wurde in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) Alexander Dubček zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) gewählt und leitete einen von der Mehrheit der Bevölkerung getragenen Demokratisierungsprozeß ein, ohne dabei die Idee des Sozialismus aufzugeben. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ sollte vielmehr zeigen, daß diese Vergesellschaftungsform die höchste Stufe von Freiheit und Gerechtigkeit sein sollte. In Anbetracht der freizügigen Atmosphäre im Nachbarland, in dem es möglich war, Schallplatten von Bands aus dem „feindlichen Westen“ zu kaufen und US-amerikanische Filme zu sehen⁹, fiel es erneut einigen jungen Menschen schwer, sich mit ihrer starren Umwelt daheim zu arrangieren.

Doch nicht nur eine Insel der Freiheit für die Bewohner der DDR wurde zerstört, als am Abend des 20. August 1968 die Truppen des Warschauer Paktes die Staatsgrenzen der ČSSR überschritten. Es war die Hoffnung darauf, daß der Sozialismus sich entwickeln und so seine Versprechungen an die Menschen wahr machen könnte, die unter den Ketten der Panzer plattgewalzt wurde. Das provozierte Protest, selbst in der DDR, einem Land, das Protest als Teil der politischen Alltagskultur nicht kannte.¹⁰

Am Verlauf der Ereignisse konnte dieser freilich nichts ändern, doch der Prager Frühling hatte mindestens zwei Tatsachen aufgezeigt. Die frustrierende Tatsache war, daß die Sowjetunion offensichtlich nicht bereit war, Abweichungen vom von ihr vorgegebenen Kurs zu tolerieren, und daß dem nicht viel entgegenzusetzen war. Doch die Feststellung, daß es Menschen gab, die einen anderen Sozialismus wollten und die bereit waren, in diese Richtung Schritte zu unternehmen, ließ trotz aller enttäuschten Hoffnung auch noch eine Perspektive offen.

Gruppenbildung und die Angst vor Repression

Die Gruppe von Absolventen der Humboldt-Universität, die gemeinsam die marxistisch-leninistische Philosophie studiert hatten und nach Beendigung ihres Studiums im kleinen Kreis und unter strikter Geheimhaltung Diskussionen über marxistische Theorie und gesellschaftliche Realität in ihrem Land weiterführten, war von Beginn ihrer Tätigkeit an in das Visier der Staatssicherheit geraten. Die Angst vor der Repression existierte nicht zu Unrecht. Denn obwohl von Beginn an auf strengste Konspiration besonderer Wert gelegt wurde, lieferte der IM Arnold Schölzel, alle Informationen, die er sammeln konnte, an seinen Hauptmann beim MfS weiter. Dort wurden sie in einem OV unter dem Namen „Kreis“ bearbeitet.

Die Gruppenmitglieder waren sich im klaren darüber, daß ihre Arbeit ein ernstzunehmendes Risiko mit sich brachte. Die Treffen der Gruppe sollten sie deshalb in ihrer konzeptionellen Arbeit auch möglichst effektiv und schnell nach vorne bringen. Vor den Treffen wurden Texte gelesen und der Reihe nach Ausarbeitungen vorbereitet, die als Diskussionseinstieg vorgetragen wurden. Die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung hielt

9 Wolle, Stefan: Der Traum von der Revolte – Die DDR 1968. Berlin 2008, S. 147.

10 Gehrke, Bernd: 1968 – das unscheinbare Schlüsseljahr der DDR. In: Ders./Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter – Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa. Hamburg 2007, S. 103–128, S. 104.

die Gruppe auch vom Schritt in die Öffentlichkeit ab. Die Mitglieder kannten die entsprechenden Paragraphen 106 und 107 aus dem Strafgesetzbuch, „Staatsfeindliche Hetze“ und „Staatsfeindliche Gruppenbildung“, und sie wußten auch, daß bis zu sechs Jahren Haft dafür drohten.¹¹

Als die Gruppe schließlich aufgrund eines gescheiterten Büchertransports aus dem Westen zerschlagen wurde, trafen die Konsequenzen einzelne Mitglieder zwar hart, sie fielen aber dennoch weniger schlimm aus, als alle es erwartet hatten. Es blieb bei parteidisziplinarischen Maßnahmen und einzelnen Kündigungen der Arbeitsstellen. In einer Zeit, in der mit nur kurzem Abstand Wolf Biermann ausgebürgert und Rudolf Bahros Buch *Die Alternative* erschienen war, wollte das Regime wohl einen weiteren politischen Prozeß in der Öffentlichkeit vermeiden.

Vernetzung innerhalb und außerhalb der DDR

Die politische Vernetzung der Gruppe läßt sich grob in drei Kategorien unterteilen. Es gab Verbindungen zu linken Oppositionellen in der DDR, die sich zum Teil ebenfalls in Gruppen trafen und ähnlich arbeiteten. Weiterhin bestand recht enger Kontakt zu einem West-Berliner Trotzisten der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) namens Rudolf Steinke, der den Decknamen „Stefan“ erhalten hatte. Darüber hinaus bestanden durch Wolfgang Templin, der für ein Jahr in Warschau arbeitete, Kontakte zu polnischen Oppositionellen und zu einem Vertreter des Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale in London.¹²

Um in der theoretischen Arbeit nicht stehenzubleiben, waren Bücherlieferungen durch „Stefan“ für die Arbeit der Gruppe unerlässlich. Doch er fungierte nicht bloß als Bücherlieferant, sondern lieferte auch Publikationen der westdeutschen radikalen Linken. Diese und die inhaltlichen Diskussionen mit „Stefan“ ermöglichten es der Gruppe, ihre Denkprozesse an Entwicklungen in der westdeutschen- bzw. europäischen Linken anzuknüpfen. Aufgrund der Vorsichtsmaßnahmen, die für die Kontaktaufnahme zu anderen DDR-Oppositionellen galten, war der inhaltliche Austausch zwischen der Gruppe und ihrem Westkontakt sogar intensiver, als er es mit den Oppositionsgruppen in der DDR war. Nicht zuletzt stellte dieser Kontakt die Möglichkeit in Aussicht, in westdeutschen linken Zeitschriften zu publizieren. Die Zerschlagung der Gruppe verhinderte zwar, daß diese Möglichkeit je genutzt wurde, zu diesem Zeitpunkt aber hatten Mitglieder der Gruppe bereits drei Artikel fertiggestellt, die in der BRD in den von Peter Brandt herausgegebenen Blättern des Sozialistischen Osteuropa-Komitees erscheinen sollten.¹³

Der Inhalt der Kritik

Die zentralen Positionen der Gruppe lassen sich aus den gerade erwähnten Artikeln und den protokollierten Gruppendiskussionen herausarbeiten. Besonders hilfreich für diesen Versuch ist jedoch die angedachte Plattform der Gruppe, die zwar nie als abgeschlossenes Schriftstück entstanden, aber in Fragmenten vorhanden ist. Unter dem Titel „Thesen zu den sozialökonomischen Verhältnissen in der DDR – zu einigen grundlegenden Problemen der Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus“ hatte beispielsweise ein Mitglied der Gruppe einen 51 Seiten starken Erstentwurf vorgelegt, der

11 Wolfram, Inga: Verraten, S. 75–76.

12 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 6, Bl. 10–12.

13 Hufen, Christian : „Was wir wollten, war Demokratie mit Volkseigentum“. In: Jungle World, Nr. 29 v. 19.07.2007, Interview mit Klaus Wolfram, <<http://jungle-world.com/artikel/2007/29/20013.html>> 15/7/2010.

nach Diskussion und Überarbeitung durch die Gruppe ein Abschnitt der zu erarbeitenden Plattform werden sollte.¹⁴

Der geistige Input für die eigene Kritik setzte sich aus der kritischen Lektüre der marxistischen Klassiker, Trotzki's Werken und der seiner späteren Anhänger wie Isaac Deutscher und Ernest Mandel sowie tagesaktuellen Medienpublikationen, darunter auch Presseezeugnisse der radikalen Linken der BRD und West-Berlins, zusammen. Mit dem Bezug auf die Werke von Marx und Engels versuchte die Gruppe, die SED-Führung auf Grundlage ihrer eigenen Legitimationsquelle zu kritisieren. Trotzki's Schriften schienen deshalb so gut für die Analyse der DDR-Verhältnisse geeignet, da die Gruppe davon ausging, daß der Prozeß der Bürokratisierung in der DDR genau nach dem Muster der Sowjetunion verlaufen sei. Was diese Analyse konkret bedeutet, soll im folgenden geklärt werden.

Sich als antistalinistische Opposition zu begreifen, gehörte zum grundlegenden Selbstverständnis der Gruppe. In den Texten und Diskussionen taucht der Begriff „Stalinismus“ aber nur am Rande auf. Die Gespräche mit ehemaligen Mitgliedern der Gruppe konnten diesen Umstand aufklären. Alle Befragten stimmten in ihren Antworten darin überein, daß die Ablehnung des Stalinismus zur Grundüberzeugung der Gruppe gehörte. In analytischer Hinsicht wurde dem Begriff jedoch kein allzu großer Wert beigemessen. Zwar konnte „Stalinismus“ ein Phänomen benennen, die Gruppe suchte aber nach Begriffen, die eine analytische Beschreibung ermöglichen.

Die Aussage, „von ‚sozialistischen Staaten‘ könne man wohl wirklich nur bedingt sprechen“¹⁵, war die Antwort auf die in einer Diskussion formulierte Frage, ob die osteuropäischen Staaten eben als solche bezeichnet werden könnten. Alternativ setzte sich in der Gruppe der Begriff der „Übergangsgesellschaft“ durch. Diese sei nicht mehr kapitalistisch, weil die Produktionsmittel in ihr nicht länger Privateigentum sind, sie sei aber auch noch nicht sozialistisch, weil die Produktionsmittel noch nicht der Selbstverwaltung der tatsächlichen Produzenten, der Arbeiter, übergeben wurden. Statt dessen – und dies ist ein zweiter wichtiger analytischer Begriff – sei die Bürokratie die verwaltende Instanz. Aufgrund dieser Konstellation weise die Übergangsgesellschaft „spezifische Produktionsverhältnisse“ auf, die durch eine Kombination der alten und neuen Produktionsweise entstanden seien. Die Frage, welche Momente kapitalistischer Produktionsweise sich auch nach der Entmachtung der Kapitalistenklasse erhalten hatten und welche Momente sozialistischer Produktionsweise schon vorhanden waren, rückte ins Zentrum der theoretischen Bemühungen der Gruppe.

Am Anfang sollte eine Untersuchung der Geschichte stehen, um die Entstehung der Bürokratie analysieren zu können. Diese war nach dem Verständnis der Gruppe nicht erst in der DDR zu verorten, sondern bereits in der noch recht jungen Sowjetunion. Der Sieg der sowjetischen Bürokratie wurde auf die Zerschlagung der Leninschen Partei von 1925 zurückgeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) dann in einer „Revolution von oben“ zusammen mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel auch die Einsetzung der Bürokratie nach sowjetischem Vorbild erfolgt und so weiterer gesellschaftlicher Fortschritt verhindert worden. Als Beleg für diese Einschätzung diene unter anderem die Auflösung der Betriebsräte im Mai 1948, die durch vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) kontrollierte Betriebsgewerkschaftsleitungen ersetzt wurden. Zuvor hatten die Betriebsräte unter Duldung der KPD

14 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 3, Bl. 3–53.

15 Ebd., Band 1, Bl. 47 f.

die Leitung der zum großen Teil herrenlosen Betriebe übernommen und sich ebenso um die innerbetriebliche Entnazifizierung gekümmert. Daß diese Initiative der Werktätigen nicht gewürdigt, sondern abgewürgt wurde, galt der Gruppe als Beispiel für das Bemühen der damals noch im Aufbau befindlichen Bürokratie, Arbeiterselbstverwaltung zurückzudrängen.

Allgemein läßt sich die Genese der Bürokratie in der marxistischen Theorie als eine Fehlentwicklung revolutionärer Veränderungen begreifen. Da die der proletarischen Revolution folgende Verstaatlichung und Verwaltung der Produktionsmittel nicht sofort von der Gesamtheit der Arbeiter erledigt werden kann, soll diese Aufgabe an beispielsweise die Führer der Kommunistischen Parteien delegiert werden. Diese Delegierten des Proletariats begründen nun nach der Revolution die Bürokratie, indem sie das verstaatlichte Eigentum nicht in die Verwaltung der Arbeiterklasse entlassen, sondern einen zentralen Apparat aufbauen, der die Verwaltungshoheit nicht mehr aus den Händen gibt. Der „Übergang“ vom Kapitalismus in den Sozialismus soll in diesem Sinne eigentlich ein progressiver Vorgang sein, wird aber durch die auf Machterhaltung abzielende Bürokratie gestoppt. Es läßt sich also zusammenfassend feststellen, daß alle zentralen Momente, die für die Analyse der Gruppe eine wichtige Rolle spielten, also Bürokratie, Stalinismus usw. ihren Ursprung in der besonderen gesellschaftlichen Konstellation, die mit dem Begriff der „Übergangsgesellschaft“ bezeichnet wurde, haben.

Um zu erklären, warum die Bürokratie ihren zeitlich eindeutig begrenzten Auftrag nicht erfüllte, um dann abzutreten, wurde auch die Analyse einer Vermehrung der Bürokratie von Max Weber herangezogen und mit diesem dargelegt, in einer Hierarchie des Wissens werde *das Ganze* nur noch von denen überschaut, die ganz an der Spitze stehen.¹⁶ Aus dem Streben der Bürokratie, die eigene Macht über Politik und Wirtschaft nicht zu verlieren, erklärten sich für die Gruppe auch die überall spürbaren Einschränkungen der Freiheit der Einzelnen. Für die Gruppe war klar, daß politische Veränderungen auch dazu führen müssten, daß „Pressefreiheit und Streikrecht gewährleistet“¹⁷ sind. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es darum ging, „bürgerliche Freiheiten [...] für die Masse der Bevölkerung der DDR zu erreichen. Also Demonstrationsfreiheit, Organisationsfreiheit, Streikrecht, Reisefreiheit usw.“¹⁸ Demokratie und Sozialismus waren im Verständnis der Gruppe keine sich gegenseitig ausschließenden Konzepte.

Die Analyse der Produktionsverhältnisse

Die Analyse der Übergangsgesellschaft mußte sich aus der inneren Logik marxistischer Theorie in besonderem Maße auf die Produktionsverhältnisse konzentrieren, deren Umwälzung ja zentrales Ziel einer sozialistischen Gesellschaft sein sollte. Die Produktionsverhältnisse der DDR konnten nur negativ bestimmt werden. Da es keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln mehr gab, waren sie nicht kapitalistisch; daß die Produktionsmittel aber auch nicht von den Arbeitern in freier Assoziation verwaltet wurden, bedeutete für die Gruppe, daß auch noch nicht eine spezifisch sozialistische Produktionsweise eingeführt wurde. Im Gegenteil ließ sich das Fortbestehen kapitalistisch geprägter Verhältnisse feststellen. So konnte konstatiert werden, daß die Ware-Geld-Beziehungen nach wie vor existierten. Mit Marx, der in seiner Kritik des Gothaer Programms¹⁹ ausführte,

16 Diesen Gedanken entwickelte Klaus Wolfram in einem von ihm bei einer Gruppensitzung gehaltenen Referat, s. BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 4, Bl. 90–97.

17 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 2, Bl. 30.

18 Zeitzeugengespräch mit Dieter Krause, Antwort auf meine Frage Nr. 6.

19 Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19. Berlin 1972, S. 21.

daß die Gleichheit der Waren eine Ignoranz gegenüber der Ungleichheit der Individuen in Hinblick auf ihre unterschiedlichen Fähigkeiten bedinge, die notwendig zu einer ungerechten Verteilung führen würde, ließ sich aufzeigen, daß in der DDR gesellschaftliche Verhältnisse fortbestanden, die mit der Idee des Sozialismus nicht vereinbar waren. Den Mitgliedern der Gruppe war durchaus bewußt, daß auch in der Marxschen Theorie eingeräumt wurde, daß die Überwindung bürgerlichen Rechts nicht von heute auf morgen zu vollziehen sei, der entscheidende Vorwurf war aber, daß der Abbau der benannten Mißstände „mehr als ungenügend betrieben“²⁰ würde. Daß die SED mit der Formel „Das Leistungsprinzip ist das Grundprinzip der Verteilung im Sozialismus“ in Anbetracht des Dargelegten „Ungleichheit zum Grundprinzip des Sozialismus“ erhoben hat²¹, schien der Gruppe als Beweis, daß beim Regime nicht einmal ein Problembewußtsein vorhanden war, geschweige denn der Wille, grundlegende Veränderungen in Gang zu setzen.

Es ist auch interessant, wie die Gruppe die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrwerts analysierte. Da weder private Unternehmer noch die werktätigen Produzenten den Mehrwert an sich nehmen konnten, fiel dessen Verwaltung dem bürokratischen Regime zu. Die stetige Verwertung des Mehrwerts war nicht das leitende Prinzip der DDR-Ökonomie, statt dessen wurde dieser für die Finanzierung von staatlicher Infrastruktur und Subventionen verwendet und somit der Bevölkerung paternalistisch zur Verfügung gestellt; oder anders formuliert: Der gesellschaftliche Mehrwert wurde vom Regime genutzt, um die Bevölkerung materiell ruhig zu stellen. Bedenkt man dabei noch die immensen Kosten für Militär und Grenzsicherung, wird klar, daß für die Instandhaltung der Produktionsmittel, die für einen privaten Unternehmer überlebenswichtig ist, nicht ausreichend Mittel aufgewendet werden konnten.

Neben der Tatsache, daß weder die Ware-Geld-Beziehungen noch die vertikale Arbeitsteilung, die Menschen in Kopf- und Handarbeiter teilt, aufgehoben wurden, also wesentliche Ziele sozialistischer Vergesellschaftung verfehlt wurden, konnte die Gruppe auch die Feststellung treffen, daß die Planwirtschaft in ihrer zentralistischen Form höchst ineffektiv war.

Wege zur Veränderung

Alle Überlegungen, die sich mit der anzustrebenden gesellschaftlichen Veränderung beschäftigten, standen in einem Spannungsverhältnis. Einerseits sollten soziale Transformationsprozesse bestimmte Grundstrukturen nicht berühren, das heißt beispielsweise, daß die Produktionsmittel unter keinen Umständen wieder hätten privatisiert werden sollen. Andererseits zielte alles darauf ab, demokratische Zustände zu etablieren, innerhalb derer die Mehrheit der Bevölkerung, das bedeutet konkret die Arbeiterklasse, die Geschicke in ihre eigene Hand nehmen sollte. Daran, daß die Arbeiterklasse ihre vom Marxismus aufgetragene historische Aufgabe bewältigen würde, gab es nur sehr geringen Zweifel.

Es war für die Gruppe deshalb ein zentrales Anliegen, die Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation für die Masse der Bevölkerung radikal zu verbessern bzw. erst einmal zu schaffen. Geschehen sollte dies in Form von Räten. Der Rätegedanke ist in seiner Bedeutung für das politische Konzept der Gruppe nicht zu unterschätzen. In dem bereits angesprochenen Referat von Klaus Wolfram heißt es: „Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Individuen stehen, erhält [sic!] durch die Bürokratie eine entfremdete

20 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 3, Bl. 12 f.

21 Ebd., Band 3, Bl. 17.

Form. Die Räte seien die nicht entfremdete Form, die Selbstorganisation, die Selbstbestimmung der Individuen in dieser Zeit.“²² Zwischen Bürokratie und Räten wurde ein antagonistisches Verhältnis diagnostiziert. Die Überlegungen der Gruppe zielten also nicht auf die konkreten Inhalte gestalterischer Politik, sondern zuallererst auf die Frage, wie Entscheidungsprozesse zu organisieren seien.

Da davon ausgegangen wurde, daß sich die ökonomische und die politische Macht der Bürokratie gegenseitig bedingten und stützten, hoffte die Gruppe darauf, im Umkehrschluß diesen Prozeß auch gegen die Bürokratie und zugunsten der Räte in Gang setzen zu können. Die Verwaltung der Produktionsmittel durch die Arbeiter hätte demnach den gesamten Herrschaftsanspruch des Regimes in Frage gestellt. Auf Basis der Räte sollte nicht nur eine Produktionsweise entstehen, die wirklich als „sozialistisch“ hätte bezeichnet werden können, ihr wurde auch zugetraut, eine effektivere Produktion zu ermöglichen. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die steigende Komplexität ökonomischer Prozesse erfordere, so heißt es in den „Thesen“, „breite Initiative, offene Kontrolle und direkte Beteiligung der unmittelbaren Produzenten an den Entscheidungsfindungen zum Erfordernis rationaler Gesellschaftsentwicklung.“²³ Es läßt sich abschließend konstatieren, daß die Rätekonzeption das entscheidende Moment in allen alternativen Gesellschaftsvorstellungen der Gruppe darstellte. Durch die Räte sollte die Produktion verwaltet und Fragen der Gesellschaft auf demokratischer Grundlage diskutiert und entschieden werden.

Unzufriedenheit in der Bevölkerung und politische Spannungen würden irgendwann Massenaktivitäten hervorbringen. Aufgrund dieser Überzeugung verstand die Gruppe ihren Auftrag in diesem Prozeß darin, im Falle möglicher Umbruchsituationen einzugreifen und als intellektuelle Avantgarde den Erhebungen eine politische Richtung zu geben. Sie ging auf jeden Fall davon aus, daß Veränderungen international verlaufen würden. Die Wechselwirkungen wurden dabei in verschiedenen Richtungen gedacht. Ein Umsturz in einem osteuropäischen Land hätte die anderen osteuropäischen Länder mitreißen können; die Attraktivität eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in Osteuropa wiederum hätte die kommunistischen Bewegungen Westeuropas stärken und so dort zu sozialistischen Revolutionen führen können. Umgekehrt hätten sozialistische Revolutionen in Westeuropa entlastend auf die realsozialistischen Staaten wirken und in diesen Entwicklungspotentiale freisetzen können. Fest stand für die Gruppe, „daß Westeuropa die Achillesferse der USA ist, Osteuropa die der SU“.²⁴ Da selbst eine weltumfassende Entwicklung irgendwo beginnen muß, sprach nichts gegen den Versuch, den Stein in der DDR ins Rollen zu bringen. Die Gruppe war fest davon überzeugt, daß ein Umsturz in ihrem Land nicht isoliert bleiben würde.

Zwischen Anspruch und Realität

Die in der Gruppe vorgenommenen theoretischen Anstrengungen haben sehr brauchbare Analysen hervorgebracht, die auch heute noch hohe Erklärungskraft für das Funktionieren der ostdeutschen Gesellschaft haben. Mit ihren politischen Zielsetzungen hat sie sich jedoch nicht durchsetzen können. Die erhoffte Erhebung der Massen blieb vorerst aus. Das oppositionelle Netzwerk, in dem klassische Kaderstrukturen existierten, war aufgrund der Konspiration, die in Anbetracht der drohenden Repression unabdingbar war, nicht in der Lage, politisch wirksam zu werden.

22 Ebd., Band 4, Bl. 92.

23 Ebd., Band 3, Bl. 36.

24 Ebd., Band 4, Bl. 95.

Ein Führungswechsel in der DDR, der als eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen betrachtet wurde, war nach Ansicht der Gruppe nur auf elitärem Wege möglich.²⁵ Sie begriff sich also als mögliches Zentrum einer intellektuellen Elite, die Protagonist eines Regimewechsels sein sollte. Einem Sachstandbericht des MfS zufolge gab es in Ost-Berlin insgesamt über fünfzig Personen, die in ähnlichen Gruppen organisiert waren. Es ist davon auszugehen, daß das MfS durchweg zur Zerschlagung der Gruppen in der Lage war und politische Aktivitäten im Keim hätte ersticken können. Die Zerschlagung der Gruppe „Kreis“ im Juni 1977 war kein Einzelfall. Zwei weitere Gruppen wurden zu dieser Zeit von der Stasi dekonspiriert und „zersetzt“.

Wie bereits angedeutet, ging niemand davon aus, daß mit diesen Strukturen eine Revolution in Gang zu setzen sei. Die Gruppe hoffte darauf, daß Bewegungen von der Bevölkerung selbst ausgehen würden, und setzte dabei in erster Linie auf die Arbeiter in der DDR. Die breite Mehrheit der DDR-Bevölkerung war der Arbeiterklasse zuzurechnen. Es war jedoch problematisch, damit ein Klassenbewußtsein, das einen spezifischen politischen Willen hervorbringt, vorauszusetzen. Zweifel, die in diese Richtung gingen, gab es durchaus auch innerhalb der Gruppe, und sie führten zu offenen Kontroversen. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen zwei Fraktionen, von denen die eine davon ausging, daß es noch unklar sei, auf wen sich die Gruppe in Zukunft stützen würde, und die andere davon ausging, daß dies nur die Arbeiterklasse sein könne.²⁶ Die bestehenden Zweifel traten zugunsten der marxistischen Theorie, die im Verständnis der Gruppe den Arbeitern eine klare Rolle im historischen Prozess zusprach, jedoch stets in den Hintergrund. Auf eine entsprechende Frage im Interview antwortete mir Sebastian Kleinschmidt, der zur Gruppe der Skeptiker gehört hatte, die Hoffnung auf die Arbeitermassen sei aufrechterhalten worden, weil das Selbstverständnis der Gruppenmitglieder als „treue junge Marxisten“ sie dazu brachte, dieses Theorie-Element trotz bestehender Zweifel zu verteidigen und nicht in Frage zu stellen.²⁷ Für eine durch Räte organisierte Gesellschaft, die von der Gruppe avisiert wurde, konnten nur die Arbeiter das tragende Fundament darstellen.

Mit der Frage, in welchem Zustand sich das politische Bewußtsein dieser DDR-Bevölkerung befand, befaßte sich die Gruppe kaum. Ihre Einschätzung, daß es in der DDR keine Basis mehr für „Rechte oder etwa gar faschistische Kräfte“ gab²⁸, kann zwar im Hinblick auf die politische Durchsetzungsfähigkeit derartiger Akteure als zutreffend betrachtet werden. Warum aber libertärsozialistische Alternativen bei der Mehrheit mehr Anklang finden sollten als gesamtdeutscher Nationalismus, wurde nicht ausreichend begründet. Erst im Zuge der Wende offenbarte sich zur Enttäuschung vieler Oppositioneller die eigentliche Haltung der Mehrheitsbevölkerung in aller Deutlichkeit.

Hauptsächlicher Grund hierfür war wohl ein starker Optimismus im Hinblick auf gesellschaftlichen Fortschritt. Am Nationalsozialismus interessierte die Gruppe in erster Linie, wie es zu der politischen Niederlage für die Arbeiterbewegung hatte kommen können. Da eine Wiederholung der Geschichte ausgeschlossen wurde und einer Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus um seiner selbst willen nicht die größte Bedeutung zugemessen wurde, richtete die Gruppe den Blick nach vorn. Die Zukunft erschien dabei geradezu wie eine Formel, in die bestimmte Variablen, die sich empirisch feststellen ließen, nur eingefügt werden müßten, um genau zu wissen, was morgen sein wird. Die

25 Ebd., Band 1, Bl. 51.

26 Ebd., Band 3, Bl. 96.

27 Zeitzeugengespräch mit Sebastian Kleinschmidt, Antwort auf meine Frage Nr. 6.

28 BStU, MfS AOP 11349/79 (OV „Kreis“), Band 2, Bl. 31.

Arbeiter waren dabei ein besonders wichtiger Wert. Von ihnen hing ab, ob das Konstrukt aufgehen oder in sich zusammenfallen würde. Da die Bewegung der Massen zumindest vorerst ausblieb und, als sie kam, einen anderen Charakter hatte als den erhofften, blieb die Gruppe gesellschaftlich isoliert und politisch marginalisiert. Dies ist jedoch auch im Kontext einer noch starken Selbsterhaltungskraft des Systems zu betrachten.

Abschließende Feststellungen

In eine durch den Mauerbau eingeleitete Phase politischen Stillstands und gesellschaftlicher Untätigkeit in der DDR fielen die Ereignisse des Prager Frühlings 1968. Auch wenn der Demokratisierungsprozeß in der ČSSR frühzeitig durch die Intervention des Warschauer Pakts gestoppt wurde, galt er jenen als Vorbild, die noch darauf hofften, die bloße Verwaltung des Bestehenden durchbrechen und so gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben zu können. Die Gruppe „Kreis“ hoffte auf Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten und war optimistisch, daß diese von der DDR ausgehen könnten.

Daß „die kommenden Brüche aktiv vorbereitet werden sollten“²⁹, war das entscheidende Motiv für die Arbeit der Gruppe. Die Brüche vorzubereiten, hieß aber nicht, die Brüche aktiv herbeizuführen. Gemeinsam mit anderen oppositionellen Gruppen sollte ein politischer Untergrund geschaffen werden, der mit einer klaren Analyse als revolutionäre Avantgarde zur Stelle sein sollte, wenn im Land aus Streiks oder Massenprotesten Umsturzmöglichkeiten ersichtlich geworden wären. Diese Vorbereitung betrieb die Gruppe mit großem Eifer und Gewissenhaftigkeit. In Seminaren trafen sich die Mitglieder und bildeten sich theoretisch weiter. Sie machten sich klar, was an der DDR aus sozialistischer Perspektive zu kritisieren war und wie eine gesellschaftliche Entwicklung hin zu einem, ein Maximum an Freiheit und gesellschaftlicher Gerechtigkeit bietenden Sozialismus aussehen müßte. Zugleich unternahm sie den Versuch, den Bewußtseinszustand der Bevölkerung zu analysieren. Isoliert konnten sie zwar auf theoretischer Ebene Analysen über ihre Gesellschaft entwickeln, ohne die Massen aber nichts tun.

Die Arbeitsfähigkeit der Gruppe lebte vom Engagement ihrer einzelnen Mitglieder, aber auch von ihrer Risikobereitschaft. Denn um an die benötigte Literatur zu gelangen, waren Kontakte nach West-Berlin bzw. Westdeutschland unerlässlich. Solche Verbindungen brachten gleichzeitig ein enormes Risiko mit sich. In Hinblick auf die gesamte Tätigkeit der Gruppe muß beachtet werden, daß die Repression eine enorme Behinderung darstellte. Positiv formuliert, ist es erstaunlich, daß die Gruppe trotz des Repressionsdrucks dazu in der Lage war, die ihnen vorliegenden antibürokratischen Schriften recht umfassend auf die Situation der DDR anzuwenden. Dieangedachte Plattform ist zwar nie entstanden, doch es sind Texte und Vorträge angefertigt worden, die zusammen ein weitgehend abgeschlossenes theoretisches Werk andeuten, das in dieser Arbeit exzerpiert wurde. Diese Ergebnisse blieben freilich über den Kreis der Gruppe hinaus gänzlich unbeachtet, da der Staatsapparat sehr erfolgreich darin war, intellektuelle Kritiker von den Massen zu isolieren. Es bleibt indes mehr als fraglich, ob die Massen überhaupt ansprechbar waren für eine Kritik, wie sie von der Gruppe und ähnlich arbeitenden Zusammenschlüssen formuliert wurde.

Doch unabhängig von ihrer Popularität lassen sich Aussagen treffen über den Erkenntniswert der Analyse, die von der Gruppe erarbeitet wurde. Diese stützte sich auf den Marxis-

29 Wolfram, Klaus: DDR-Opposition vor 1989. In: Gehrke, Bernd/Rüddenklau, Wolfgang: ... das war doch nicht unsere Alternative – DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999, S. 24–43, S. 24.

mus. Ich möchte deshalb, bevor ich zu meiner Einschätzung dieser Analyse komme, in Anlehnung an Maxime Rodinson ein paar Vorbemerkungen treffen. Maxime Rodinson wählt als Soziologe auf dem Gebiet der Islamwissenschaft in seinem Buch „Islam und Kapitalismus“³⁰ erklärtermaßen eine marxistische Methode. Diesen Ansatz verteidigt er im Vorwort gegen Ideologen, deren Anti-Marxismus zugleich anti-wissenschaftlich sei. Allgemeine Ideen, die der Marxismus hervorgebracht habe, seien zum Allgemeingut der Wissenschaft geworden, weshalb die vehemente Ablehnung jeglichen Marxismus eine wissenschaftliche Selbstbeschränkung bedeute. Zudem teilt Rodinson den Marxismus in eine philosophische Orientierung, soziologische Thesen und eine ideologische Inspiration. In Anlehnung an diese Trias mache ich einen Dualismus stark, der unterscheidet zwischen der Marxschen Gesellschaftsanalyse auf der einen und einer moralisch-philosophisch begründeten politischen Idee auf der anderen Seite, die als Konsequenz aus dieser Analyse entwickelt worden ist. Die Analyse stammt aus dem 19. Jahrhundert und kann nicht den aktuellen Stand der Wissenschaft darstellen. Sie hat aber zugleich ihre Erklärungskraft nicht gänzlich eingebüßt und wurde zudem immer wieder aktualisiert. Ohne anzuprangern, zeichnet diese Analyse ein Bild der kapitalistischen Gesellschaft, das Kritik durch Darstellung leisten soll. Ob die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von ihr beschrieben werden, abgeschafft gehören oder nicht, ist wiederum eine politische Frage. Daß aber marxistische Soziologie, Wirtschaftstheorie usw. dazu imstande sind, gesellschaftliche Verhältnisse zu beschreiben und zu erklären, bleibt davon unberührt.

Die Beschreibung der Übergangsgesellschaft, wie sie von der Gruppe vorgenommen wurde, hat das Potential, grundlegende Strukturen und Verhältnisse in der DDR korrekt darzustellen. Das heißt nicht, daß sie bis ins Detail fehlerfrei war, und schon gar nicht, daß sie umfassend alle Fragen, die die Gesellschaft der DDR betrafen, behandelt hat. Strukturelle Bestimmungen über die Verfaßtheit der ostdeutschen Gesellschaft brachte sie aber hervor. Ihr Bild von der Übergangsgesellschaft ging davon aus, daß die Produktionsmittel in der DDR zwar bereits dem Privateigentum der Unternehmer entrissen, aber noch nicht in die Hände der Arbeiter gelegt worden waren. Statt der Diktatur des Proletariats realisierte sich in der DDR die Diktatur der Bürokratie, also der Verwaltungsinstanz, die ihre Macht über Produktionsmittel und Produzenten sicherzustellen versuchte. Der Stalinismus erscheint in dieser Darstellung als eine besonders brutale und rücksichtslose Form der Herrschaftssicherung der Bürokratie. In dieser Konstellation wurden entscheidende Momente kapitalistischer Produktionsweise, wie beispielsweise die Arbeitsteilung und die Warenproduktion, nicht überwunden, sondern konserviert. Die paternalistische Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts ist nicht sozialistischer als die soziale Marktwirtschaft. In der Tat erscheint die DDR in diesem Lichte als ein besonders autoritärer und undemokratischer Verteilungsstaat. Denn die Macht über die Produktionsmittel konzentrierte auch eine politische Macht in den Händen des Regimes, das die Bevölkerung diese Macht immer dann spüren ließ, wenn sie sich der eigenen Verwaltung widersetzte.

Der Begriff „Übergang“ impliziert Bewegung. Diese war zwar zum Stillstand gekommen, die Gruppe machte sich jedoch sehr genau Gedanken darüber, in welche Richtung der Übergang zu erfolgen habe, wenn die Gesellschaft wieder in Bewegung kommen würde. Dabei verhinderte ihr demokratischer Anspruch, sich allzu konkrete Vorstellungen von der zu erreichenden gesellschaftlichen Situation zu machen. Oberstes Ziel war es, die politische Macht und die Verwaltung der Produktionsmittel in die Hände der werktätigen Menschen zu legen. Aus diesem Grund entwickelte die Gruppe ein Rätmodell,

30 Rodinson, Maxime: Islam und Kapitalismus. Frankfurt a. M. 1986.

das Arbeiterräte in den Betrieben zu den entscheidenden Quellen politischer Entscheidungsfindung machen sollte. Ganz konkret sollten demokratische Rechte und bürgerliche Freiheiten in der DDR realisiert werden. Meinungs-, Presse-, Organisations- und Versammlungsfreiheit sowie Streik- und Ausreiserecht sollten in der DDR etabliert werden. Ein demokratisch erneuerter Sozialismus in der DDR, der Volksrepublik Polen, Ungarn und der ČSSR sollte mit seiner Strahlkraft und politischen Attraktivität Bewegungen in der Sowjetunion und Westeuropa antreiben und letztlich die Chancen auf eine erfolgreiche Weltrevolution erhöhen. Es war der Gruppe nicht klar, wie weit sie von der Erreichung dieses Ziels entfernt war.

Der Begriff der „Übergangsgesellschaft“ war zu optimistisch. Das muß auch als analytische Schwäche der Konzeption begriffen werden. Daß die DDR eine Mischung aus kapitalistischen und sozialistischen Verhältnissen ausmache, ist mit dem Begriff richtig gefaßt, die ihm inhärente Dynamik vorauszusetzen, war jedoch nicht angebracht. Die Machtverhältnisse in der DDR konnten sich durchaus über einen längeren Zeitraum stabilisieren.

Die Bevölkerung der DDR war nicht die politisierte Masse, auf die die Gruppe gesetzt hatte. In diesem Kontext blieb der Aspekt, daß es in der DDR keine Revolution als demokratischen Akt gegeben hat, in den Überlegungen der Gruppe unterrepräsentiert. Die politischen Besonderheiten verschiedener Nationen spielen möglicherweise ebenfalls eine Rolle. In Polen wurden im Zusammenhang mit der Gründung der Solidarność erste Schritte in Richtung gesellschaftlicher Veränderung in Osteuropa getan. Der Einfluß des in Polen besonders starken Katholizismus auf diese Prozesse ist bekannt. Genauso kann davon ausgegangen werden, daß unter der tschechoslowakischen Bevölkerung von 1968 ein anderes politisches Bewußtsein vorherrschte als unter der DDR-Bevölkerung 1975. Die Gruppe bewegte sich im intellektuellen Milieu und war, so gesehen, näher an der Macht als an der Basis der Bevölkerung. Diese Perspektive war für die Mitglieder der Gruppe nur schwer einzunehmen. Deshalb teilte sie nicht die Resignation und vollzog nicht den Rückzug ins Private mit, zu dem sich ein Großteil der DDR-Bürger entschieden hatte. In ihrem Umfeld stieß sie verhältnismäßig häufig auf kritische Geister, die ihre Unzufriedenheit mehr oder minder lautstark verkündeten. Daraus schloß die Gruppe auf eine allgemeine Unzufriedenheit, die sich irgendwann auch politisch artikulieren würde.

Doch das Potential oppositioneller Bewegung wurde überschätzt, zudem der Gegner falsch eingeschätzt. Zwar wußten alle um die Geschäftigkeit des MfS, doch das wurde eher als Zeichen für die Schwäche des Regimes gewertet. Mitte der siebziger Jahre jedoch saß das Regime noch sehr fest im Sattel und hatte schon lange nicht mehr vor, mit dem Sozialismus Ernst zu machen.

Die Analysen der Gruppe waren dann am nächsten an der Realität, wenn sie den Status quo beschrieben. In Hinblick auf die Zukunft wurde jedoch Teleologie dem Realismus vorgezogen. Ob es in Anbetracht der eigenen Ohnmacht besser gewesen wäre, sich mit seinem Wissen und der Idee eines Sozialismus mit demokratischer Teilhabe zurückziehen und nicht auf das Unmögliche zu hoffen, ist eine andere Frage. Grundsätzlich scheinen Voraussagen gesetzmäßiger Entwicklungen problematisch zu sein. Sie stellen eine große Schwachstelle des weltanschaulichen Marxismus dar. Wir kennen sie aber auch aus den Mündern der Wirtschaftsliberalen, die nicht müde werden zu behaupten, der Markt werde sich wie durch Zauberkraft selbst regulieren.

Mit analytischer Schärfe hat die Gruppe Mißstände in der DDR kritisiert und einen Gesellschaftsentwurf konzipiert, der für die Menschen etwas Besseres bringen und ihnen

Freiheiten ermöglichen sollte, die ihnen über Jahrzehnte verwehrt wurden. Einzig die Handlungsfähigkeit und den Willen zur Veränderung unter den Menschen, für die sie kämpfen wollte, hat sie falsch eingeschätzt.

Der weitere Weg

Nach ihrer Zerschlagung durch das MfS kam die Gruppe nicht mehr in der bisherigen Form zusammen. In Inga Wolframs Buch *Verraten* finden sich Informationen über die weiteren Lebenswege der Mitglieder.

Klaus Wolfram, der ein Berufsverbot erhalten hatte und aus der SED ausgeschlossen wurde, blieb bis zum Ende der DDR oppositionell aktiv. Nach vierjähriger Arbeit in einer Fabrik war er als Lektor im Akademie-Verlag tätig. 1989/90 war er Vertreter des Neuen Forums in der Verfassungsgruppe des zentralen Runden Tisches. 1989 gründete er den BasisDruck Verlag, bei dem er auch heute noch arbeitet.

Auch Wolfgang Nitsche verlor seine Arbeit an der Universität. Vorübergehend als Bauarbeiter tätig, erhielt er danach eine Stelle als Lektor im Verlag der Wissenschaften. Heute lebt er in Düsseldorf und arbeitet bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Dieter Krause war bis 2010 als Redakteur bei der Zeitschrift *Stern* tätig. In der DDR durfte er nach seiner Verhaftung nicht mehr als Journalist arbeiten und wechselte als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Institut für Hochschulbildung der Humboldt-Universität.

Zu denen, die ihre Arbeit fortsetzen durften, gehörte Sebastian Kleinschmidt, der seit 1991 an der Akademie der Künste Chefredakteur der Kunst- und Literaturzeitschrift *Sinn und Form* ist.

Wolfgang Templin durfte ebenfalls zunächst seine Tätigkeit fortführen, wurde aber 1983 mit einem Berufsverbot belegt und trat aus der SED aus. Sein oppositionelles Engagement setzte er fort und begründete 1985 die Initiative für Frieden und Menschenrechte mit. 1988 wurde er verhaftet und in die BRD abgeschoben. Wolfgang Templin leitet seit 2010 das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau.

Aufgrund eines unberechtigten Verdachts war Jan Lautenbach bereits 1976 aus der Gruppe ausgeschlossen worden. Zwar wurde er nach deren Aufliegen verhört, es ergaben sich aber keine negativen Konsequenzen. Heute lebt er in Berlin und arbeitet für die Gewerkschaft ver.di.

Arnold Schölzel blieb unbehelligt und setzte seine Tätigkeit als IM für das MfS fort. Heute lebt er in Berlin und ist Chefredakteur der Zeitung *Junge Welt*.